

Beschluss des Kreisvorstandes der SPD Erlangen am 11.10.2005

Beendigung des Flüchtlingsdramas in Ceuta und Melilla

Der SPD-Kreisvorstand appelliert eindringlich an Innenminister Schily, mit allen Mitteln auf die spanische und die marokkanische Regierung einzuwirken, um die Massenabschiebungen in Ceuta und Melilla zu stoppen, und Flüchtlinge und Migranten nicht unter Missachtung jeglicher Grundsätze von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten weiter zu drangsalieren.

Der Umgang der spanischen und marokkanischen Behörden mit den Flüchtlingen in Ceuta und Melilla ist menschenverachtend und völkerrechtswidrig. Die jetzt eingeleiteten Massenabschiebungen nach Marokko bedeuten nichts anderes als den Bruch der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Es muss Schutzsuchenden die Gelegenheit geben werden, einen Asylantrag zu stellen, der nach fairen und rechtsstaatlichen Kriterien entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention geprüft wird – dies ist nicht geschehen.

Außerdem verletzt Spanien die Menschenrechtskonvention, weil es die Abgeschobenen Misshandlungen und menschenrechtswidriger Behandlung in Marokko aussetzt. Für alles, was mit den Flüchtlingen und Migranten nach den rechtswidrigen Abschiebungen in Marokko geschieht, tragen Europa und die spanische Regierung die volle Verantwortung.

Nach den Todesfällen der letzten Tagen und den ständigen Misshandlungen durch das marokkanische Militär werden diese Menschen nun vollends zu Freiwild erklärt. Dem muss mit Nachdruck Einhalt geboten werden.

Was Europa mehr denn je braucht, ist:

- ein europäisches Asylrecht. Flüchtlinge müssen zu allererst gefahrenfrei und legal das EU-Territorium erreichen können, wo ihr Asylantrag geprüft wird,
- eine gemeinsame Einwanderungspolitik,
- eine kohärente EU- Entwicklungspolitik.